

# RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 11/2024



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Ereignisse der letzten Tage haben viele von uns tief verunsichert. Die Wahl von Donald Trump und der Zusammenbruch unserer Bundesregierung sind zweifellos einschneidend.

Ich halte das Vorgehen der (ehemaligen) Regierungskoalition für schlichtweg unverantwortlich. Angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen dieser Tage ist dieses parteipolitische Hick-Hack den Bürgerinnen und Bürgern nicht zuzumuten. Wir brauchen klare Verhältnisse, stabile Mehrheiten und eine Regierung, die die Probleme des Landes löst und sich nicht ständig allein mit sich selbst beschäftigt und darüber ihre eigentliche Aufgabe vergisst.

Infolgedessen bin ich sehr froh, dass wir jetzt dank unserer unaufgeregten und fraktionsübergreifend um Kompromisswerbenden Initiative einen klaren Fahrplan haben: Die Vertrauensfrage wird aller Voraussicht nach am 16. Dezember 2024 verhandelt und am Sonntag, den 23. Februar 2025, haben es die Bürgerinnen und Bürger in der Hand, dieses Land in stabile geordnete Verhältnisse zu überführen. Wir als Union stehen mit Friedrich Merz als unserem Kanzlerkandidaten und einer tollen Mannschaft bereit, um dieses Land voller Mut und Tatendrang zu gestalten.

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

## DAS SCHEITERN DER AMPEL

Am Tag nach der Wahl von Donald Trump ist die Ampelkoalition zerbrochen. Was unter großem Bohei als vermeintliche Fortschrittskoalition angetreten ist, ist schlussendlich kolossal an der Aufgabe gescheitert, Deutschland in die Mitte des 21. Jahrhunderts zu führen und die Politik unseres Landes zukunftsorientiert zu gestalten. Die Entscheidung der Ampelparteien, die Regierungskoalition just angesichts großer politischer Herausforderungen aufzulösen, ist nach meinem Dafürhalten Ausdruck eines deutlichen staatspolitischen Versagens – und das gleich in mehrfacher Hinsicht!

Wir stehen vor großen Aufgaben; da ist keine Zeit fürs Aufgeben. Die deutsche Automobilindustrie befindet sich in einer historisch einmaligen Umbruchsphase, die sich ganz umfänglich und zugleich konkret am Standort Deutschland niederschlägt. Alle großen Automobilhersteller und in der Folge auch die meisten Zulieferer müssen drastische Sparmaßnahmen ergreifen und stehen vor Werksschließungen. Aber auch zahlreiche Unternehmen in anderen Industriezweigen sind herausgefordert. Thyssen Krupp, Bayer und BASF sind nur einige von (zu) vielen Beispielen. Die Energiepreise in Deutschland sind nicht wettbewerbsfähig, die Bürokratie hat ein Ausmaß angenommen, das pragmatische Lösungen und Unternehmergeist geradezu regelmäßig unmöglich macht, und unsere sozialen Sicherungssysteme überfordern Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer mehr, da Steuern und Abgaben auf jenseits des verträglichen Maßes steigen.

Angesichts dieser Ausgangslage muss ich offen gestehen: Ich bin persönlich enttäuscht von den drei Ampel-Parteien und ihren Vertretern, dass sie ausgerechnet am Tag nach der Wahl von Donald Trump und damit in einer Zeit großer Unsicherheit die Koalition aufkündigen. Das ist staatspolitisch unverantwortlich und ein schweres Versäumnis. Das Vorgehen von Olaf Scholz halte ich eines Bundeskanzlers unwürdig. Allem Anschein nach – und auch in seiner Regierungserklärung am Mittwoch im Parlament hat es diesbezüglich keine Korrekturen oder Rechtfertigungen dafür gegeben – war der Koalitionsbruch gut vorbereitet und die Kommentierungen taktisch orchestriert. Die Erklärung des Kanzlers zur Entlassung von Christian Lindner war gerade keine spontane Reaktion auf vermeintlich gescheiterte Verhandlungen des laufenden Tages zwischen SPD, Grünen und FDP. Vielmehr

## TERMINE

17.11.2024, 10:45 Uhr

Wiedereröffnung St. Laurentius  
Laurentiusstr. 4, 51465 Bergisch Gladbach

21.11.2024, 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde Kürten  
Bürgerhaus-Eckchen, 51515 Kürten

Sitzungswoche 02. – 06.12.2024

Deutscher Bundestag

14.12.2024, 18:00 Uhr

50-jähriges Jubiläum  
Städtepartnerschaft Rösrath-Veurne  
Freiherr-vom-Stein-Schule  
51503 Rösrath

Sitzungswoche 16. – 20.12.2024

Deutscher Bundestag

Sitzungswoche 13. – 17.01.2025

Deutscher Bundestag

*Weitere Informationen finden Sie auf  
meiner Homepage!*

hat Olaf Scholz Linderns Entlassung zu einer persönlichen Abrechnung genutzt. Divergenzen in der Sache sind in der Demokratie und auch in einer Koalition üblich, dürfen den demokratischen Meinungskampf aber nicht auf ein Niveau ziehen, wie wir es nur aus populistisch geprägten Debatten anderer Länder kennen. Hier trägt nicht zuletzt der Bundeskanzler als Chef der Bundesregierung und zentrales Verfassungsorgan eine besondere Verantwortung.

Aber auch in der Sache habe ich für die Positionen von SPD und Grünen kein Verständnis. Den stets wachsenden Herausforderungen kann man nicht bloß mit immer weiteren Schulden Herr werden. Vielmehr ist es Mandat der Politik, sich ehrlich zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern die Karten offenzulegen, was wirtschaftlich und haushälterisch darstellbar ist – und was nicht. Genau dieser Aufgabe ist die Ampel nicht gerecht geworden. Noch in der Regierungserklärung am Mittwoch zählt der Kanzler – ohne jegliche Priorisierung und Finanzierungsvorschläge – auf, welche Maßnahmen er – mit Hilfe der Union – zum Abschied noch umsetzen würde. Ich bin mir sicher, wenn man in der Ampel ernstlich gewollt hätte, hätte man auch in dieser Lage einen Kompromiss gefunden. Aber dazu waren die Ampelparteien nicht mehr bereit.

## **DER WEG ZU NEUWAHLEN**

Ich bin sehr froh, dass sich diese Woche die Spitzen der demokratischen Mitte auf einen weiteren Weg zu Neuwahlen verständigen konnten. Die Verfassung sieht für eine Lage wie die aktuelle klare Regeln vor. Es ist unserer Unions-Initiative zu verdanken, dass wir nunmehr so zeitnah auf einen Weg aus der politischen Führungslosigkeit in klare politische Verhältnisse kommen können. Danach wird Olaf Scholz am 11. Dezember die Vertrauensfrage beantragen, die dann am Montag, den 16. Dezember im Bundestagsplenum zur Abstimmung gestellt wird. Diese Vertrauensfrage wird der Bundeskanzler aller Voraussicht nach verlieren. Sodann kann Olaf Scholz dem Bundespräsidenten vorschlagen, das Parlament aufzulösen. Der Bundespräsident hat dann wiederum 21 Tage Zeit für diese Entscheidung. Geplant ist, die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 stattfinden zu lassen. Bundeskanzler Scholz hatte in diesen Verhandlungen keinen Beitrag mehr zu leisten. Vermutlich verfolgte er mit seiner Forderung, erst im Januar die Vertrauensfrage stellen zu wollen, vor allem wahltaktische Motive. Jedenfalls hat er damit die Lage verkannt und sich über das Interesse der Bürgerinnen und Bürger nach klaren und verlässlichen Verhältnissen hinweggesetzt. Die gesamte sich daran anschließende Diskussion war am Rande der politischen Lächerlichkeit. Vermeintlich fehlendes Papier oder fehlende Druckerkapazitäten kön-

## EINBLICKE



In der jährlichen Aktionswoche der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Kerstin Claus, „Schieb deine Verantwortung nicht weg!“ wurde deutlich, dass beim Kinder- und Jugendschutz noch jede Menge zu tun ist.



Zum Anlass des 35. Jahrestags des Mauerfalls wurde in Berlin entlang des ehemaligen Mauerverlaufs eine Open-Air-Installation aufgestellt (siehe im Hintergrund). Unter dem Motto „Haltet die Freiheit hoch!“ haben Personen aus ganz Deutschland ihre Gedanken zum Mauerfall künstlerisch zum Ausdruck gebracht.

nen doch nicht allen Ernstes verfassungsrechtliche Anforderungen untergraben. Auch 2005 war es kein Problem, binnen weniger Monate eine außerordentliche Bundestagswahl zu realisieren. Es ist die Aufgabe eines jeden Bundeswahlleiters, seine Behörde in die Lage zu versetzen, jederzeit den rechtlichen Vorgaben entsprechend eine Wahl innerhalb der gesetzlichen Fristen zu realisieren. Politische Wertungen oder gar Entscheidungen trifft das Parlament und keine nachgeordnete Behörde. Wir als Union haben auf einen frühen Termin gedrängt, denn wir wollen parlamentarische Klarheit und stabile Verhältnisse. Das schulden wir nicht nur den Wählerinnen und Wählern, sondern auch dem europäischen und außereuropäischen Ausland. Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und das größte Land im Herzen Europas muss stabil und verantwortungsbewusst geführt werden.

Liebe Leserinnen und Leser, eines möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich betonen: Unser Parlament bleibt trotz Auflösung des Bundestages und vorgezogenen Neuwahlen jederzeit handlungsfähig. Auch nach der Vertrauensfrage verfügt das Parlament über alle parlamentarischen Befugnisse, die ihm nach dem Grundgesetz eingeräumt sind. Der Bundestag kann über Anträge jeder Art abstimmen, anlässlich Plenardebatten zusammenkommen und Ausschusssitzungen abhalten. Wir als Union verschließen uns nicht etwaigen zwingend gebotenen gesetzgeberischen Entscheidungen. Wir stehen insoweit zu unserer staatspolitischen Verantwortung – gerade in der durch die Ampel hervorgerufenen politischen Krise. Zu den aus unserer Sicht nötigen Entscheidungen zählen für uns als Unionsfraktion aber nur einige wenige: Es ist guter Brauch in unserer Demokratie, dass sich zuerst eine parlamentarische Mehrheit finden muss, die dann gemeinsam weitreichende Entscheidungen treffen kann. Regierungskoalitionen sind kein Selbstzweck, sondern Garant für Stabilität und Weitsichtigkeit in Entscheidungen. Ein Haushaltsplan dient dazu, die geplanten Maßnahmen aller Häuser unter einen Hut zu bringen und gleichzeitig die politische Linie samt Schuldenbremse zu wahren. Infolgedessen sind isolierte, teure, nicht gegen- sondern allein schuldenfinanzierte Maßnahmen mit uns als Union nicht zu machen. Es kommt vielmehr darauf an, jetzt primär solche Gesetze zu verabschieden, die aus demokratischen oder wirtschaftlichen Gründen unerlässlich sind. Ich denke dabei unter anderem an das Gesetzesvorhaben zur besseren Sicherung unseres Bundesverfassungsgerichts, dem Hüter unserer Verfassung. Ich will nicht verhehlen, dass der ausstehende Einigungsprozess mit der Restampel und der FDP als nunmehr neben uns einzig tatsächlichen politischen Alternative keineswegs leicht sein

wird. Wir werden uns dem aber wie in den vergangenen Jahren auch kritisch-kooperativ als größte Oppositionspartei stellen.

## DIE WAHLEN IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten sind in der letzten Woche friedlich und – zum Erstaunen vieler – überaus deutlich ausgegangen. Donald Trump hat die Wahlen gewonnen. Er hat alle der sogenannten Swing-States für sich entscheiden können und sogar die Popular Vote gewonnen, also die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinen können. Die Republikaner haben darüber hinaus die Mehrheit im Senat zurückerlangt und werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Mehrheit im Repräsentantenhaus verteidigen können. Damit können die Republikaner faktisch durchregieren. Es herrschen klare Verhältnisse, auch wenn uns das in Europa in dieser Eindeutigkeit nicht gefallen dürfte.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten haben gezeigt, dass die mediale Wahrnehmung und die Wirklichkeit durchaus divergieren können. In den USA ist es üblich, dass sich Zeitungen zugunsten des einen oder anderen Präsidentschaftskandidaten aussprechen und sich auch Showgrößen hinsichtlich ihres Favoriten positionieren. Hier war Kamala Harris Donald Trump weitaus überlegen. Auch die finanzielle Unterstützung von Kamala Harris fiel ungleich höher aus als für Donald Trump. Sie konnte fast das Dreifache an Spendengeldern einsammeln. Und doch konnte Donald Trump schließlich die Wahl für sich entscheiden. Das zeigt wieder einmal eindrücklich die Unvorhersehbarkeit von Wahlausgängen.

Für uns in Deutschland wird diese Wahl deutliche Auswirkungen haben – und das gleich auf mehreren Politikfeldern. Unter Präsident Donald Trump wird sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Vergleich zur Präsidentschaft von Joe Biden sicherlich signifikant verändern. In seiner ersten Amtszeit hat Donald Trump die NATO für obsolet erachtet und keinerlei Bemühungen gezeigt, weltweite Spannungen durch Diplomatie und Kompromiss zu lösen. Im Wahlkampf hat er angekündigt, die Unterstützung der Ukraine signifikant zu reduzieren und sich im Nahen Osten deutlich verstärkt einzumischen. Aber auch die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten wird sich verändern. Donald Trump hat bereits angekündigt, geradezu drastische Zölle anordnen zu wollen. Wir müssen uns daher auf eine für uns als Exportnation turbulente und herausforderungsvolle Wahlperiode gefasst machen. In der Energie- und Klimapolitik hat Donald Trump bereits erste Schritte einer deutlichen Abgrenzung getroffen. Unter seiner Präsidentschaft werden die USA vermutlich aus dem Pariser Klimaabkommen austreten. Trump will Umweltschutzmaßnahmen drastisch reduzieren, die Umweltbehörde

zurückbauen und Fracking in deutlich größerem Umfang rechtlich gestatten. Auf all das hat sich die Bundesregierung aus Unionssicht schlecht vorbereitet. Während die Wahl von Donald Trump 2016 noch ein bloßer Überraschungserfolg gewesen sein mag, so hätte die Bundesregierung jetzt im Jahr 2024 im Wissen um die erste Präsidentschaft Trumps durchaus bereits Szenarien entwickeln sollen, wie wir auf einen Wahlsieg Donald Trumps reagieren können. Das Gegenteil war leider der Fall: Deutschland hat sich eindeutig im Wahlkampf positioniert und mit dem Scheitern der Regierungskoalition nunmehr auch die letzte Möglichkeit verspielt, durchsetzungsstark und vorbereitet auf den Amtsantritt von Donald Trump zu reagieren. Die USA werden auch unter Präsident Trump unser wichtigster außenpolitischer Partner bleiben. Aber ich bin mir zugleich sicher, wir werden den Politikstil und die Positionen von Präsident Joe Biden durchaus schmerzlich vermissen. So wird Joe Biden vermutlich der letzte echte Transatlantiker im Weißen Haus, also ein echter Vertreter einer engen Kooperation auf Augenhöhe zwischen dem freien Europa einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits, gewesen sein. Präsident Biden hat stets die NATO für das wertgeschätzt, was sie ist: Ein Bündnis transatlantischer Partnerschaft, das der Verteidigung der gleichen Wertegemeinschaft dient und zur Wahrung von Frieden, Freiheit und Sicherheit gedacht ist. Präsident Biden hat anlässlich seines letzten Deutschlandbesuchs zu Recht den höchsten Orden erhalten, den die Bundesrepublik Deutschland verleihen kann. Die Sonderstufe des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland honoriert Bidens jahrzehntelangen Einsatz für Frieden und Freiheit in Europa und den Rest der Welt. Zugleich dient diese Auszeichnung auch der Anerkennung seines lebenslangen Kampfes für bessere Lebensverhältnisse für alle Menschen.

## 35 JAHRE MAUERFALL

Am 9. November 2024 jährte sich nunmehr zum 35. Mal der Mauerfall. Der 9. November ist und bleibt ein Schicksalstag der Deutschen. An diesem Tag sind in der Geschichte unseres Landes weitreichende Ereignisse passiert, die gleichzeitig die Vielgestaltigkeit, fürchterliche Dramatik, ja Abgründe und Größe unseres Landes zeigen: Am 9. November 1918 endete der Erste Weltkrieg und mit ihm auch die Monarchie in unserem Land. Philipp Scheidemann rief die freie demokratische Republik aus und Deutschland war quasi über Nacht ein demokratischer Staat geworden. Am 9. November 1923, nur fünf Jahre später, versuchte Adolf Hitler zusammen mit dem ehemaligen Reichswehrgeneral Ludendorff die Macht an sich zu reißen. Was 1923 noch kläglich scheiterte, sollte 1933 traurige Wirklichkeit werden. Einen seiner leider so zahlreichen grausamen Höhepunkte erreichte der Nationalsozialismus wiederum am 9. November 1938, dem Tag der Reichs-

## DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227- 79547

Büro Bergisch Gladbach  
Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach  
Tel.: (02202) 93695- 30  
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail:  
[hermann-josef.tebroke@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke@bundestag.de)

Internet:  
<https://www.hermannjosef-tebroke.de/>

Stand: 15.11.2024

pogromnacht, als staatlich orchestriert und begleitet zahlreiche jüdische Geschäfte, Wohnungen und Gotteshäuser einem wütenden Mob zum Opfer fielen. Der 9. November 1989 wiederum steht in krassem Gegensatz hierzu: In freiverantwortlicher Selbstbestimmung haben sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR durch ihre friedliche Revolution ihre Freiheit selbst erkämpft. Seit 1990 wächst – den Worten Willy Brandts folgend – mit der Wiedervereinigung zusammen, was zusammengehört: Deutschland einig Vaterland.

Die jüngsten Wahlen in den Bundesländern Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben aber gezeigt, wie fragil diese sicher geglaubte Selbstverständlichkeit eines pluralistischen demokratischen Rechtsstaates ist. Populistische Parteien haben umfassende Stimmenzuwächse erlangt und können den demokratischen Willensbildungsprozess ganz wesentlich beeinflussen. Gerade in den durch die politischen Umbrüche so gesondert beeinflussten neuen Bundesländern sieht man, was ein kollektiver Vertrauensverlust in staatliche Institutionen und Parteien bewirken kann. Aber all das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Mauerfall und die sich anschließende Wiedervereinigung ein einzigartiger Glücksfall waren – für unser Land, aber insbesondere auch für die Bürgerinnen und Bürger in der ehemaligen DDR. Was wir heute in den neuen Bundesländern sehen, entspricht in weiten Teilen genau dem, was in den 90ern als „blühende Landschaften“ verheißungsvoll als Zielmarke ausgegeben wurde: Dresden, Leipzig, Schwerin und Magdeburg sind beispielhaft strahlende Metropolen geworden, die auch viele Touristen aus aller Welt in ihren Bann ziehen. Aber auch viele kleinere Städte wie Wismar, Görlitz, Jena oder Weimar haben sich mit ihrem Charme viele glühende Anhänger erobert. Aber noch viel wichtiger als schöne Städte ist das rechtlich verbrieftete Gefühl von Freiheit in all ihren Gestaltungsformen, das wir allerorten von Greifswald über Cottbus bis Zwickau sehen. Die Bürgerinnen und Bürger genießen Meinungs- und Versammlungsfreiheit und können durch freie demokratischen Willen ihrer politischen Willensbildung Ausdruck verleihen. Herrschte in vielen Teilen der DDR blankes Unrecht, so haben wir einen funktionierenden Rechtsstaat, der das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießt. Bei aller berechtigten Kritik an der derzeit herausforderungsvollen Lage unseres Landes und den schwierigen politischen Entscheidungen, die vor uns liegen, so dürfen wir diesen Erfolg nicht aus dem Blick lassen. Wir müssen Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und den vielen namenlosen Wegbereitern unserer friedlichen und freiheitlichen Wiedervereinigung unseren aufrichtigen Dank zollen. Nur dank mutiger, beherzter und weitsichtiger Entscheidungen sind wir heute die führende Nation in einem vereinten Europa und ein Garant für Freiheit und Frieden in der Welt. Ein großes Geschenk und Verantwortung zugleich!